

Eine Aufgabe für uns alle

JUBILÄUM Der Bundestag feiert 75 Jahre seines Bestehens – nicht ohne Hinweise auf aktuelle Gefahren für die Demokratie

Es war nicht nur eine Feierstunde, sondern auch ein anschaulicher Geschichtsunterricht: Denn nachdem sich Abgeordnete, Kabinettsmitglieder und Gäste am Dienstag dieser Woche unter der Reichstagskuppel versammelt hatten, lauschten sie zunächst nicht, wie meist üblich, den einleitenden Worten der Bundestagspräsidentin. Sie schauten stattdessen auf die zwei großen Bildschirme links und rechts an der Wand hinter dem Rednerpult. Originalaufnahmen der konstituierenden Sitzung des Bundestages vom 7. September 1949 und die Stimme von Paul Löbe (SPD), der den ersten Deutschen Bundestag als Alterspräsident eröffnete, leiteten die Feierstunde zum 75. Geburtstag des Bundestages ein und unterstrichen das historische Erbe, um das es an diesem Vormittag gehen sollte.

Bereits am Wochenende zuvor, am 7. September, feierte der Bundestag mit seinem Tag der Ein- und Ausblicke die Demokratie. Über 30.000 Gäste konnten sich nicht nur informieren, ihr Wissen testen, Eis bei der SPD-Fraktion essen oder sich am Stand der Unionsfraktion VR-Brillen aufsetzen. Sie konnten erstmals auch direkt den Plenarsaal besuchen und somit an dem Ort stehen, an dem Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) drei Tage später, nach Ende der Film- und Toneinspieler, ans Mikrofon trat, um den Redeteil der Feierstunde einzuleiten.

„Die deutsche Demokratie schien ein gewagtes Experiment, nach zwölf Jahren Diktatur, nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Menschenrechtsverbrechen des Holocaust“, sagte Bärbel Bas. Aber, der anfänglichen Präsenz von erklärten Verfassungsfeinden und des oft unversöhnlichen Tonfalls zum Trotz: „Es war die vielleicht größte Leistung dieser ersten Bundestagsabgeordneten: Sie haben die Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie unter Beweis gestellt. Der Bundestag ist schnell zu einem erfolgreichen Arbeitsparlament geworden.“

Wie sehr Streit, Kritik und zum Teil hart geführte Debatten zur Demokratie und damit zur Geschichte des Bundestages gehör-

ten, darauf verwiesen alle drei Redner in dieser Veranstaltung. Neben der Bundestagspräsidentin waren dies der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) und die Historikerin Christina Morina (Interview unten).

Die entscheidende Frage dieser Konflikte, so fassten es alle drei zusammen, sei jedoch, ob man gemeinsam zu einer Lösung kommen wolle oder nicht. „Alle Demokraten, wir alle haben diese Demokratie aufgebaut, auch wenn wir uns oft gestritten haben. Das Ziel war klar und das Ziel haben wir erreicht. Der Bundestag ist das erste Parlament in der deutschen Geschichte, das sich frei entfalten konnte“, betonte der 91-jährige Baum. Er erinnerte an einige, auch zunächst unversöhnlich geführte Debatten, wie etwa die um die Ostpolitik des ersten SPD-Kanzlers Willy Brandt Anfang der 1970er Jahre. „Viele Probleme, über die wir heftig gestritten haben, wurden gelöst, und es kam zu einer gewissen Befriedung. Das ist ja auch ein Fortschritt, dass man sich wieder zusammenfand.“

Kompromiss und Überzeugung In einer Demokratie müsse es um den fairen Ausgleich von unterschiedlichen Interessen gehen, betonte Bärbel Bas. „Deshalb lassen sich nie alle Erwartungen und Ansprüche erfüllen. Wir alle sind deshalb dazu aufgerufen, uns die Notwendigkeit des Kompromisses wieder öfter bewusst zu machen. Dieser kann nie alle Beteiligten gleichermaßen zufriedenstellen. Das kann aber kein Grund sein, sich hierüber in die Unversöhnlichkeit treiben zu lassen“, mahnte die Bundestagspräsidentin. Christina Morina rief dazu auf, „von der parlamentarischen Demokratie nicht länger nur im Krisenmodus zu sprechen, sondern sie als Überzeugungswerk zu verstehen. Sie lebt von der Kunst der Überzeugung, vom Gewicht des besseren Arguments als Voraussetzung für eine wirksame Auseinandersetzung mit anstehenden Problemen“. Wer überzeugt sei, dass die parlamentarische Demokratie noch immer die beste Regierungsform ist, „der muss in der Lage sein, diese Überzeugung immer wieder neu zu begründen“, sagte sie.

»Es lassen sich nie alle Erwartungen und Ansprüche erfüllen.«

Bärbel Bas (SPD), Bundestagspräsidentin

»Wenn Freiheit benutzt wird, um sie abzuschaffen, müssen wir reagieren!«

Gerhart Baum (FDP), Ex-Bundesinnenminister



Der FDP-Politiker Gerhart Baum, die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und die Historikerin Christina Morina riefen im Bundestag Abgeordnete und Bürger dazu auf, die erfolgreiche Demokratiegeschichte seit 1945 weiterzuschreiben und sich entschieden für sie einzusetzen.



Doch die Fähigkeit zur Kompromissfindung und Überzeugungskraft, die die bundesdeutsche Demokratie nach 1945 stark gemacht habe, stehe unter Druck, auch das sprachen die drei Redner an. Zum einen durch autoritäre Regime weltweit. „Ich habe eigentlich eine solche Situation noch nicht erlebt. Der Kalte Krieg war eine starke Bedrohung, aber mit dem, was wir heute an Brandherden weltweit erleben, hält er nicht stand“, fasste Baum seine lange politische Erfahrung zusammen. Morina warnte ebenfalls vor antidemokratischen Strömungen. Die Logik des populistischen und extremistischen Antiparlamentarismus habe durch die sozialen Me-

dien eine größere Reichweite erlangt, als ihr an Wählerstimmen gemessen zukäme. Dieser Logik verfallende, „wer die Migration zur ‚Mutter aller Probleme‘ erklärt, wer ‚Bürgernähe‘ zum Maß aller Politik stilisiert, wer Forderungen mit Verweis auf ‚die Leute‘ zu begründen versucht, oder das Land den ‚Sorgen und Ängsten‘ derer ausliefert, die am lautesten schreien“, erläuterte die Wissenschaftlerin. Morina wurde in diesem Teil ihrer Rede mehrfach von Zwischenrufen aus den Reihen der AfD-Fraktion unterbrochen, ließ sich davon aber wenig beeindrucken und warnte: „Populisten und Nationalisten treten nicht an, um die liberale Demokratie und ihre Parlament-

te zu stärken, sondern um sie zu entmachten. Sie sprächen von ‚Mitmachdemokratie‘ oder ‚Politik für die Mehrheit‘, verunstalteten diese Begriffe aber, um die antiparlamentarische Stoßrichtung ihrer Politik zu verschleiern. Wenn dazu aufgerufen werde, dass „das Volk“ verabschiedete Gesetze „kippen“ können solle, untergrabe dies auch das Wahlrecht, betonte Morina.

Reaktion ist gefragt Und dennoch gebe es keinen Grund zu Verzweiflung, bekräftigten die Drei. „In 75 Jahren Bundestag haben wir immer wieder bewiesen, dass wir Krisen bewältigen können, trotz harter Kontroversen. Unsere Demokratie ist stark

und wehrhaft gegenüber allen, die ihr schaden wollen“, sagte Bärbel Bas. Gerhart Baum zitierte einen Satz von Carlo Schmid (SPD), einer der Väter des Grundgesetzes, der gesagt habe, „wir haben Euch ein freies Grundgesetz gegeben, aber wenn diese Freiheit dazu benutzt wird, um sie abzuschaffen, dann müsst ihr reagieren“. Und das müssen wir jetzt tun!, mahnte er. Die Parteien seien verpflichtet, noch mehr Überzeugungsarbeit für die parlamentarische Demokratie zu leisten, so Morina. Sie seien auch heute eine gute Option für Engagement. „Man kann sie nämlich verändern, man kann sie bewegen“, sagte Baum unter großem Beifall. Claudia Heine

»Wir müssen eine rationale politische Öffentlichkeit völlig neu organisieren«

INTERVIEW Die deutsche Demokratie ist lebendig und stabil, auch wenn die Zustände gerade unsicher sind, betont die Historikerin Christina Morina

Frau Morina, vor kurzem hat sich der ostdeutsche Schriftsteller Lukas Rietzschel in einem Interview darüber beschwert, dass „neuerdings die Demokratie in Gefahr sei, weil die Leute nicht mehr so wählen, wie wir das gerne hätten“. Er sprach von „Übergangsnarrativen“, die immer größer würden. Können Sie diese Kritik verstehen? Ich verstehe, was er meint. Über Wahlen verschieben sich die Verhältnisse in diesem Land schon seit längerer Zeit und gerade solche Parteien und Bewegungen erhalten viel Zuspruch, die auf Vereinfachungen und Diffamierungen setzen. Für mich heißt das aber auch nicht, dass die Demokratie in ihren Fundamenten bedroht ist. Wir erleben unsichere Zustände, aber insgesamt halte ich unsere Demokratie für lebendig und stabil.

Nun sind die wenigsten Dinge so perfekt, als dass man sie nicht besser machen könnte. Auch die parlamentarische Demokratie nicht. Relativ neu auf Bestreben der Ampel sind etwa die Bürgerräte. Halten diese aus Ihrer Sicht das Mitsprache-Versprechen?

Das Entscheidende bei solchen neuen Ideen und Formaten ist immer, welche Erwartungen und Wirkungsversprechen damit verbunden sind. Die Prämisse, Bürger bekommen über dieses Format Mitsprache, ist aus meiner Sicht falsch, weil es in einer parlamentarischen Demokratie grundsätzlich sehr viele Mitspracherechte und Mitsprachemöglichkeiten gibt. Die Frage ist stets: Sind diese noch ausreichend, und ist man damit zufrieden?

Wenn man manche Debatten verfolgt, wirkt es so, als sei dies nicht immer der Fall.

Das hat auch damit zu tun, dass die Parteien in den vergangenen Jahren immer weniger vermitteln konnten, welche Formen der

Mitsprache in ihnen über das Vertretungs- und Repräsentationsprinzip möglich sind. Ich bin deshalb skeptisch, wie die parlamentarische Demokratie mit den jetzt eingeführten Bürgerräten zusammenspielen soll. Denn die Frage ist, ob und welchen Einfluss sie auf Gesetzgebungsverfahren hätten. Wenn es nur scheinbar „mehr“ Mitsprache gibt, kann das den Frust erhöhen. Über die Erweiterung von Mitwirkung müssen wir reden, aber ob Bürgerräte das ideale Format sind, weiß ich nicht.

1989 brachte das Neue Forum die Lage in der DDR so auf den Punkt: »Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist offensichtlich gestört.« Zumindest als schwierig könnte man das Gespräch zwischen Politikern und Wählern heute doch auch bezeichnen.

Absolut. Es wird auch immer schwieriger. Zu einem werden die Herausforderungen größer und vielfältiger und müssen immer schneller adressiert werden. Zum anderen ändern sich die kommunikativen Strukturen und Traditionen stark und laufen mit der Digitalisierung unserer Lebens- und Sinnewelten zum Teil völlig auseinander. Aber ohne eine funktionierende, rationale politische Öffentlichkeit ist eine liberale Demokratie schwer vorstellbar. Sie muss völlig neu organisiert werden.

Wie könnte denn ein guter Austausch aussehen?

Diese Frage stellt sich immer. Aber die parlamentarische Demokratie bietet dafür die bislang besten, effektivsten und am Ende auch humansten Verfahren und Institutionen. Das ist in den letzten Jahren zu sehr aus dem Blick geraten. Kritik an der Kommunikation der Parteien ist wichtig, aber Politik und Gesellschaft sind auf das engste miteinander verbunden. Es ist viel zu schematisch gedacht, „den Staat“ und „die Bürger“ gegeneinander zu stellen.

Die Kommunikation findet zu einem Großteil über soziale Medien statt. Braucht es mehr Regulierung dieses Dialogs?

Um auszuhandeln, was Gemeinwohl ist und sein soll, also die res publica, die Dinge, die uns alle betreffen, braucht es Räume, in denen nicht die lautesten Meinungen und Einzelinteressen nach undurchsichtigen oder rein kommerziellen Logiken



Historikerin Christina Morina

dominieren. Wenn wir es ernst meinen mit der Bewahrung der liberalen Demokratie im 21. Jahrhundert, dann müssen wir den digitalen Raum als gemeinwohlrelevante Infrastruktur verstehen und entsprechend gestalten. Das ist eine riesige Aufgabe.

Der Wunsch nach Mitsprache und Mitbestimmung: Das sind die Themen, mit denen Sie sich intensiv befasst haben, in ihrer Analyse von Eingabe-Briefen von DDR-Bürgern an diverse Staatsorgane und der beim Bundespräsidenten eingegangenen Bürgerpost. Was hat Sie

am meisten überrascht beim Lesen dieser Briefe aus Ost und West?

Mich hat überrascht, in welcher Weise beide Gesellschaften bewegt und politisiert waren. Für die Bundesrepublik ist das nichts Neues. Aber für die DDR ist es frapierend zu sehen, wie ernsthaft sich Menschen dort unterhalb der Macht- und außerhalb von Oppositionskreisen mit den Problemen der Zeit befasst haben, wie intensiv man sich am Ideal einer besseren Gesellschaft, das in der DDR von vielen hochgehalten wurde, abgearbeitet hat. Oft auch in Verzweiflung, Hass und Abwehr gegen das, was repressive Realität war. Ich hätte gedacht, dass der diktatorische Rahmen dieses briefliche Gespräch statischer macht. Es war aber erstaunlich vielstimmig, klug, durchdacht, auch emotional und konfliktbeladen.

Inwiefern kann uns das helfen, unsere Gegenwart zu verstehen und die politische Landkarte zu deuten, die nach jeder Wahl noch sehr deutlich die alten deutsch-deutschen Umriss zeigt?

Für Ostdeutschland ist es wichtig zu erkennen, dass man dort nicht erst 1989 damit angefangen hat, über Demokratie nachzudenken. Es gibt dort eine eigene Demokratietradition, die in der Realität lange natürlich eine Scheindemokratie war, also keine. Aber es gab den Anspruch der „sozialistischen Demokratie“ im besseren Deutschland, weshalb ich von einer Demokratieanspruchsgeschichte spreche. In den Briefen zeigt sich das und wirkt bis heute nach, der Wille zur Gestaltung und bürgerschaftliche Kreativität. Und wir sollten nicht nur auf die 30 bis 40 Prozent blicken, die heute populistischen, im Grunde antiparlamentarischen Bewegungen zustimmen, sondern auf die Mehrheit, die stets zu wenig beachtet wird. Vielleicht kann der Blick auf diese vielschichtige Demokratiegeschichte etwas dazu beitragen, die ostdeutsche Zi-

vilgesellschaft zu stärken, weil sie dadurch sichtbarer wird als eine, die gestalten will, mit eigenen Traditionen.

Die Ampel-Koalition hat eine Wahlrechtsreform verabschiedet, das Petitions-wesen reformiert und Bürgerräte etabliert. Was stünde auf Ihrer Wunschliste für den Bundestag der Zukunft?

Wissen Sie, ich arbeite gerade in den USA. Und eine der erstaunlichsten Erscheinungen dieses erstaunlichen Wahlkampfes ist der Lehrer und Jugendcoach Tim Walz, dem die Herzen zufliegen, seit Kamala Harris ihn als ihren Vize-Kandidaten erkannte. Mein Wunsch wäre, dass wir in der repräsentativen Demokratie mehr über Repräsentation nachdenken. Die Parteien brauchen aus der Gesellschaft heraus Menschen in größerer Vielfalt und zugleich kluge Bündelungspersönlichkeiten. Es hat einen eigenen Wert, wenn jemand mit der Autorität eines erfüllten Berufs- und Soziallebens antritt und das auch artikulieren kann. Zugleich verdient Politik als Beruf wieder mehr Anerkennung, weil Politik mehr denn je komplex ist und nur professionalisiert funktioniert. Auch da darf man den Populisten nicht in die Arme fallen, die behaupten, „die Politiker“ in Berlin seien nicht bürgernah. Die parlamentarische Demokratie fußt auf beidem, Nähe und Abstand zum gesellschaftlichen Alltag. Etwas oder jemanden vertreten, heißt verbindliche Distanz zum Einzelnen schaffen im Interesse des Gemeinwohls.

Auf kommunalpolitischer Ebene häufen sich seit einiger Zeit aber Meldungen über Rückzüge von politischen Ämtern, weil die Übergriffe zunehmen.

Es ist eine essentielle staatliche Aufgabe, für sichere öffentliche Räume zu sorgen. Hier ist nicht nur die Landes-, sondern auch die Bundespolitik gefragt, denn die Demokratie lebt und stirbt zuerst auf der

kommunalen Ebene. Jede/r Abgeordnete im Bund kommt aus einem Wahlkreis und weiß, wie wichtig Parteiengagement vor Ort ist. Die Schwäche der Parteien in Ostdeutschland rührt nicht zuletzt auch daher, dass dort zunehmend Parteiloze gewählt werden. Manche loben das als demokratische Zukunftsidee, aber diesen Parteilozen fehlt dann doch der Draht nach Berlin, ihr Einfluss ist aufs Lokale beschränkt. Ein politisches Engagement jenseits von Parteien könnte also das Repräsentationsproblem und die viel beklagte Abkoppelung noch verschärfen.

Nicht voran kommt das von der Regierung geplante Demokratiefördergesetz. Braucht es ein solches Gesetz, um Demokratie vor Ort zu stärken?

Es kann ein Beitrag sein und deswegen ist es wichtig, dass sich eine Mehrheit der Parteien im Bundestag darauf verständigen, eine im Sinne der demokratischen Ordnung des gesamten Landes gute politische Bildung quer durch die Gesellschaft zu ermöglichen. Aber die Demokratie fördert man nicht allein mit Abendvorträgen und Podiumsdiskussionen. Die größere Aufgabe ist, genauer auf die Voraussetzungen für demokratische Teilhabe und Repräsentation zu schauen und gezielter dafür nötigen Ressourcen und Strukturen zu stärken. Auf die Rahmen und Räume der Demokratie kommt es an.

Das Interview führte Claudia Heine. |

Christina Morina ist seit 2019 Professorin für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld. Ihr aktuelles Buch „Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren“ wurde in diesem Jahr mit dem Deutschen Sachbuchpreis ausgezeichnet.